



15. November 2017

---

# Sachplan geologische Tiefenlager

## Konzept regionale Partizipation in Etappe 3

---



Quelle: © shutterstock 173989291



**Datum:** 15. November 2017

**Ort:** Bern

**Auftraggeberin:**

Bundesamt für Energie BFE

CH-3003 Bern

[www.bfe.admin.ch](http://www.bfe.admin.ch)

**Bundesamt für Energie BFE**

Mühlestrasse 4, CH-3063 Ittigen; Postadresse: CH-3003 Bern

Tel. +41 58 462 56 11 · Fax +41 58 463 25 00 · [contact@bfe.admin.ch](mailto:contact@bfe.admin.ch) · [www.bfe.admin.ch](http://www.bfe.admin.ch)



# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	3
Abkürzungsverzeichnis .....	4
Glossar mit wichtigen Begriffen.....	5
1 Grundsätzliches zur regionalen Partizipation .....	6
1.1 Ausgangslage .....	6
1.1.1 Partizipation im Sachplanverfahren geologische Tiefenlager .....	6
1.1.2 Rückblick auf die Etappen 1 und 2 .....	6
1.1.3 Ausblick auf Etappe 3 .....	7
1.2 Definition der regionalen Partizipation .....	8
1.3 Betroffenheit und Einbezug im Sachplanverfahren .....	9
1.4 Aufgaben der Gemeinden der Standortregion gemäss Konzeptteil .....	10
1.5 Partizipation, Gemeinden und Regionalkonferenzen .....	11
2 Umsetzung der regionalen Partizipation in Etappe 3 .....	12
2.1 Räumliche Anpassung der Standortregionen für Etappe 3 .....	12
2.1.1 Überprüfung und allfällige Anpassung der Standortregionen .....	12
2.1.2 Gemeinden der Standortregion in Etappe 3 .....	13
Infrastrukturgemeinden .....	13
Weitere einzubeziehende Gemeinden / regionale Planungsträger .....	13
2.2 Übersicht zu den Unteretappen von Etappe 3 .....	14
2.3 Aufgaben in Etappe 3 .....	15
2.3.1 Aufgaben der Regionalkonferenzen in Etappe 3 .....	15
2.3.2 Aufgabe der Gemeinden der Standortregion in Etappe 3 .....	15
2.4 Organisatorische Anpassung der Regionalkonferenzen für Etappe 3 .....	16
2.4.1 Anpassung der Rechtsform der Regionalkonferenz (Vereinsgründung) .....	16
2.4.2 Zusammensetzung der Regionalkonferenzen in Etappe 3 .....	16
Mitgliedschaften im Verein Regionalkonferenz .....	16
Zusammensetzung der Regionalkonferenz .....	17
Verteilschlüssel des BFE für die Regionalkonferenzen .....	18
2.4.3 Struktur und Organe der Regionalkonferenz in Etappe 3 .....	19
Organe des «Vereins Regionalkonferenz» in Etappe 3 .....	19
Optionale Organe des «Vereins Regionalkonferenz» in Etappe 3 .....	21
2.4.4 Präzisierungen zu Gemeinden, Aufgaben und Strukturen .....	21
2.5 Übergangsprozess von Etappe 2 zu Etappe 3 .....	22
2.6 Finanzierung der regionalen Partizipation .....	22
2.7 Hinweis zu weiteren Dokumenten der Planung von Etappe 3 .....	22
2.8 Weitere zu beachtende Aspekte .....	23
2.8.1 Kommunikation, Wissenserhalt .....	23
2.8.2 «Miliztauglichkeit» verbessern .....	23
2.8.3 Überregionale Koordinationsgefässe .....	23
Anhang I Kriterien für weitere einzubeziehende Gemeinden .....	24
Anhang II Wo und in welcher Form ist Partizipation möglich? .....	25
Anhang III Mögliche Zusammensetzung der RK in Etappe 3 .....	26
Anhang IV Entwurf der Standortregionen für Etappe 3 .....	28



## Abkürzungsverzeichnis

BFE	Bundesamt für Energie
FG	Fachgruppe
HAA	Hochaktive Abfälle
KEG	Kernenergiegesetz
KEV	Kernenergieverordnung
NZA	Nebenzugangsanlagen
OFA	Oberflächenanlagen
RK	Regionalkonferenz
RPG	Raumplanungsgesetz
RPV	Raumplanungsverordnung
SGT	Sachplan geologische Tiefenlager
SMA	Schwach- und mittelaktive Abfälle
SÖW	Sozioökonomisch-ökologische Wirkungsstudie zu den Auswirkungen eines Tiefenlagers
VV	Vollversammlung



## Glossar mit wichtigen Begriffen

Geologisches Standortgebiet	Das geologische Standortgebiet wird durch die für die Lagerung der radioaktiven Abfälle geeigneten geologischen Gesteinskörper im Untergrund definiert. Die Standortgebiete werden in den Objektblättern (=Karten) des Sachplans geologische Tiefenlager eingezeichnet.
Standortgemeinden (gemäss Konzeptteil SGT)	Gemeinden, unterhalb deren Gemeindegebiet ein geologisches Standortgebiet ganz oder teilweise liegt.
Standortregion (Etappe 3)	Die Standortregion in Etappe 3 setzt sich aus den Infrastrukturgemeinden und aus den weiteren einzubeziehenden Gemeinden zusammen. Im Verlauf der weiteren Arbeiten im Sachplanverfahren kann sich die Betroffenheit von Gemeinden verändern. Deshalb kann in Etappe 3 ihre Zuordnung zu den Infrastrukturgemeinden oder zu den weiteren betroffenen Gemeinden überprüft und nötigenfalls angepasst werden.
Infrastrukturgemeinden (Etappe 3)	<p>Zu den Infrastrukturgemeinden zählen die Standortgemeinden (d. h. Gemeinden, unterhalb deren Gemeindegebiet ein geologisches Standortgebiet ganz oder teilweise liegt), die Gemeinden des Zugangssperimeters (nur Jura Ost) sowie Gemeinden, auf oder unterhalb deren Gemeindegebiet eine ober- oder unterirdische Infrastrukturanlage ganz oder teilweise realisiert werden könnte.</p> <p>Es ist davon auszugehen, dass nach der Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuches die Anzahl der Infrastrukturgemeinden angepasst bzw. reduziert wird, weil der damit bezeichnete untertägige Lagerbereich kleiner sein wird als das geologische Standortgebiet. Somit werden Infrastrukturgemeinden als Ergebnis von Etappe 3 Gemeinden sein, unterhalb deren Gemeindegebiet ein untertägiger Lagerbereich ganz oder teilweise liegt, sowie Gemeinden, auf oder unterhalb deren Gemeindegebiet eine ober- oder unterirdische Infrastrukturanlage ganz oder teilweise realisiert werden könnte.</p>
Weitere einzubeziehende Gemeinden (E3)	Zu den weiteren einzubeziehenden Gemeinden gehören die bisherigen «Gemeinden im Planungssperimeter» und die bisherigen «weiteren betroffenen Gemeinden» aus Etappe 2. Zusätzlich können neue Gemeinden in diese Kategorie fallen, wenn sie direkt an die Standortregion von Etappe 2 angrenzen. Die Betroffenheit dieser Gemeinden kann sich entweder durch regionale Verbundenheit, topografische Nähe zur Oberflächeninfrastruktur oder mögliche sozioökonomische-ökologische Auswirkungen ergeben.
Regionaler Planungsträger	Mit den regionalen Planungsträgern sind in diesem Konzept die für die regionale Planung zuständigen Organe gemeint, z. B. die Planungsgruppen oder Planungsverbände. Fehlen solche Organe, so wird der Kanton angesprochen. Auf deutscher Seite werden die Landkreise einbezogen.
Objektblatt	Kern der Sachpläne des Bundes sind die Objektblätter, auf denen die einzelnen Vorhaben beschrieben sind. Die Objektblätter bestehen aus einem Karten- und Textteil.
Rahmenbewilligungsgesuch	Im Rahmenbewilligungsgesuch werden die Grundzüge des Tiefenlagerprojekts beschrieben, d. h. die ungefähre Grösse und Lage der wichtigsten Bauten. Die erforderlichen Unterlagen für ein Rahmenbewilligungsgesuch sind in Artikel 23 und Artikel 62 KEV aufgelistet (u. a. Berichte zu Sicherheit, Umwelt und Raumplanung). Die Rahmenbewilligung wird vom Bundesrat erteilt, der diesen politischen Grundsatzentscheid der Bundesversammlung zur Genehmigung unterbreiten muss (Art. 48 KEG). Der Beschluss der Bundesversammlung unterliegt dem fakultativen Referendum und damit einer allfälligen Volksabstimmung. Erst danach werden die Details des Tiefenlagerprojekts für das Baubewilligungsgesuch ausgearbeitet.



# 1 Grundsätzliches zur regionalen Partizipation

## 1.1 Ausgangslage

### 1.1.1 Partizipation im Sachplanverfahren geologische Tiefenlager

Eine offene und transparente Information sowie der Einbezug der betroffenen Kantone, Regionen, Gemeinden und der Bevölkerung sind wesentlich für die erfolgreiche Durchführung des Standortauswahlverfahrens für geologische Tiefenlager. Ein zentrales Element für diesen Einbezug ist die regionale Partizipation.

Grundlage und Legitimation für die Partizipation bildet der vom Bundesrat am 2. April 2008 verabschiedete Konzeptteil Sachplan geologische Tiefenlager (SGT)<sup>1</sup>. Dieser enthält die Aufgaben und Pflichten, welche die Gemeinden der Standortregionen zu erfüllen haben und legt fest, wie sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und Organisationen im Sachplanverfahren beteiligen können.

Das Auswahlverfahren gemäss Sachplan erfolgt in drei Etappen. In jeder Etappe wird zwischen den Phasen «Zusammenarbeit», «Anhörung und Mitwirkung» sowie «Bereinigung» unterschieden (vgl. Abbildung 1, S. 7). Wie in Etappe 2 findet die regionale Partizipation auch in Etappe 3 in der Phase «Zusammenarbeit» statt und soll Grundlagen für den weiteren Entscheidungsprozess liefern. Anders als in Etappe 2 laufen in Etappe 3 zwei Prozesse parallel ab: Es gibt erstens das Sachplanverfahren nach Raumplanungsgesetz (RPG), das zu einem räumlichen Ergebnis (Objektblatt) führt und zweitens das Rahmenbewilligungsverfahren nach Kernenergiegesetz (KEG), an dessen Ende die Rahmenbewilligung für ein Tiefenlager erteilt wird. Das Rahmenbewilligungsverfahren beginnt formell mit der Einreichung eines Rahmenbewilligungsgesuchs durch die Nagra bei den Bundesbehörden.

### 1.1.2 Rückblick auf die Etappen 1 und 2

Nachdem die Nagra in Etappe 1 sechs potenzielle Standortgebiete vorgeschlagen hatte, konkretisierte das BFE zusammen mit regionalen Behördenvertretungen, den so genannten Startteams, zwischen 2009 und 2011 die Organisationsform, die Verantwortlichkeiten, Abläufe und Regeln der Zusammenarbeit inkl. Finanzierung und baute die Strukturen für die regionale Partizipation in den Standortregionen auf. Die Grundlagen, Rahmenbedingungen und das Vorgehen wurden in einem Konzept beschrieben.<sup>2</sup> Im Übergang von Etappe 1 zu Etappe 2 fanden im Jahr 2011<sup>3</sup> in allen sechs Standortregionen Gründungsversammlungen der sogenannten Regionalkonferenzen bzw. der Plattform Wellenberg statt, in denen Behördenmitglieder, Interessensorganisationen und nicht-organisierte Interessen («Bevölkerung») vertreten waren. Insgesamt umfassten die Regionalkonferenzen rund 200 involvierte Gemeinden aus sieben Kantonen und drei Landkreisen sowie etwa 550 Mitwirkende. Spätestens mit dem Bundesratsentscheid zu Etappe 1 im November 2011 starteten die Regionalkonferenzen mit ihren Tätigkeiten.

Im Rahmen der regionalen Partizipation wurde das Szenario Tiefenlager in Etappe 2 hinsichtlich der Meinungsbildung in all seinen Dimensionen mit dem Ziel betrachtet, Stellungnahmen oder Empfehlungen zuhanden der Bundesbehörden, der Gemeinden der Standortregionen und weiteren Akteurinnen und Akteuren des Sachplanverfahrens zu erarbeiten. Dabei wurden beispielsweise Fragen zur Sicherheit für Mensch und Umwelt oder zu möglichen sozioökonomischen oder ökologischen Auswirkungen behandelt und zusammen mit den am Prozess Beteiligten diskutiert. Eine Hauptaufgabe der Regionalkonferenzen in Etappe 2 war die Auseinandersetzung mit möglichen Standorten für die Oberflächenanlagen (OFA). Dies war eine intensive Phase der Zusammenarbeit und brauchte auch mehr Zeit als ursprünglich veranschlagt. Bis Anfang 2014 verabschiedeten alle Regionalkonferenzen zu den OFA eine Stellungnahme. Diese wurden von der Nagra in ihren Planungsstudien berücksichtigt. Insgesamt hat sich die regionale Partizipation in Etappe 2 fest als Bestandteil des Sachplanverfahrens etabliert.

---

<sup>1</sup> BFE (2008, Revision vom 30.11.2011): Sachplan geologische Tiefenlager (SGT). Konzeptteil. Bern.

<sup>2</sup> BFE (2011): SGT. Konzept regionale Partizipation: Grundlagen und Umsetzung in Etappe 1 und 2. Bern.

<sup>3</sup> Ausnahme ist die Plattform Wellenberg, sie wurde im August 2012 gegründet.

Im Hinblick auf die Vorbereitungen für Etappe 3 und die damit in Verbindung stehende Konkretisierung der Aufgaben und Prozessschritte des Sachplanverfahrens wird geprüft, inwiefern die Standortregionen und die Organisation, Struktur und Rechtsform der Regionalkonferenzen angepasst werden müssen. Diese Konkretisierungen wurden mit Vertretungen der Regionalkonferenzen, der Standortkantone, Deutschlands und der Nagra diskutiert. Die Ergebnisse flossen in das vorliegende Konzept ein oder sind Bestandteil davon.





## 1.2 Definition der regionalen Partizipation

Ein «Sachplan» ist ein im Raumplanungsgesetz vorgesehenes Planungsinstrument des Bundes für gesamtschweizerisch bedeutungsvolle Infrastrukturanlagen. Mit dem Sachplan geologische Tiefenlager sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die aus der Schweiz stammenden radioaktiven Abfälle in der Schweiz entsorgt werden können. Um allfällige Konflikte im Rahmen der Planung rechtzeitig erkennen und lösen zu können, werden die betroffenen Behörden des Bundes, der Kantone und des benachbarten Auslands sowie betroffene Organisationen und Personen des öffentlichen und privaten Rechts, soweit sie mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben betraut sind, frühzeitig einbezogen (Art. 18 RPV).

Wie ist dieser Einbezug zu verstehen? Angelehnt an klassische Modelle aus der Politikwissenschaft<sup>4</sup> kann von vier Stufen der Beteiligung gesprochen werden (vgl. Abbildung 2). Partizipation im Sachplanverfahren erfolgt in der Regel auf der Stufe der Mitwirkung (Beispiel Platzierung der OFA-Areale). Die eigentliche Entscheidung im Standortauswahlverfahren wird gemäss Kernenergiegesetz (KEG) nicht kommunal, regional oder kantonal, sondern national gefällt. Der Bundesrat fällt die Entscheidung zum Sachplanverfahren (räumliches Ergebnis) und erteilt die Rahmenbewilligung für das Tiefenlager. Der Bundesratsentscheid zur Rahmenbewilligung muss vom Parlament genehmigt werden, der Parlamentsbeschluss unterliegt dem fakultativen Referendum und damit einer möglichen Volksabstimmung.

			Entscheidung
			Abstimmung, Referendum, Konsensprinzip
		Mitwirkung	
		Arbeitsgruppe, runder Tisch, Grossgruppendifkussion	
		Konsultation /Anhörung	
		Diskussionsveranstaltung, Befragung, Stellungnahmen	
Information			
Aushang, Webseite, Infoveranstaltung			

Abbildung 2: Stufen der Beteiligung

Der SGT beschreibt Partizipation wie folgt: «Mit partizipativen Verfahren erhalten betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen die Möglichkeit, überall dort mitzuwirken und Wünsche geltend zu machen, wo andere über sie und ihre Lebensverhältnisse bzw. Interessen bestimmen oder Einfluss ausüben. Partizipative Verfahren umfassen Tätigkeiten, die betroffene Personen und Organisationen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.»<sup>5</sup>

Die folgende Definition der regionalen Partizipation im Rahmen des Sachplans geologische Tiefenlager wurde am Konzeptionsworkshop im September 2010 gemeinsam mit den Teilnehmenden (Vertretungen der Startteams und Startmoderierende) entwickelt und konkretisiert die Definition im Konzeptteil Sachplan geologische Tiefenlager:

«Die regionale Partizipation im Rahmen des Sachplans geologische Tiefenlager bezeichnet ein Instrument einer Standortregion zur Mitwirkung – im Sinne von Einbezug und Mitsprache – mit dem Ziel der Einflussnahme. Mit diesem Instrument entwickeln und formulieren Bevölkerung, Institutionen sowie Interessengruppen in oder aus einer Standortregion ihre Forderungen, Anliegen, Fragen, Bedürfnisse und Interessen zuhanden des Bundes und der Gemeinden der Standortregion.»<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Arnstein, Sherry R. «A Ladder of Citizen Participation», JAIP, Vol. 35, No. 4, July 1969, pp. 216-224.

<sup>5</sup> Konzeptteil SGT, S. 92

<sup>6</sup> BFE (2011): Sachplan geologische Tiefenlager. Konzept regionale Partizipation: Grundlagen und Umsetzung in Etappe 1 und 2.



### 1.3 Betroffenheit und Einbezug im Sachplanverfahren

Betroffenheit wird oft mit möglichen oder potentiellen Auswirkungen eines geologischen Tiefenlagers in Verbindung gebracht. Hier ist zwischen nuklearen (infolge Radioaktivität) und nichtnuklearen Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zu unterscheiden. Bei ersteren gilt, dass ein Tiefenlager nur realisiert werden darf, wenn die Sicherheit für Mensch und Umwelt jederzeit gewährleistet ist und die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dies muss in den verschiedenen Verfahrens- und Bewilligungsschritten von der Projektantin nachgewiesen und von den Sicherheitsbehörden überprüft werden.<sup>7</sup> Dabei spielen räumliche Grenzen keine Rolle. Deshalb werden solche Aspekte für die Bildung der Standortregion und die Ausgestaltung der Partizipation nicht berücksichtigt.

Mögliche sozioökonomisch-ökologische Auswirkungen über alle Phasen eines geologischen Tiefenlagers wurden in Etappe 2 eingehend untersucht und werden in Etappe 3 weiter betrachtet.<sup>8</sup> Solche Auswirkungen können nicht nur eine Standortregion selbst, sondern darüber hinaus auch weitere Gebiete betreffen. Bisherige Untersuchungen wie die sozioökonomisch-ökologische Wirkungsstudie (SÖW) haben gezeigt, dass die nähere Umgebung stärker mit tatsächlichen sozioökonomischen und v. a. ökologischen Auswirkungen von Anlagen konfrontiert ist als weiter entfernte Gebiete. Im Sachplanverfahren beginnt deshalb die Definition der Standortregion mit den Gemeinden, auf deren Gebiet unter- oder oberirdische Anlagen zu stehen kommen könnten. Diese werden auf Basis prüfbarer Kriterien durch weitere einzubeziehende Gemeinden ergänzt.

Die Diskussionen im Laufe des Sachplanverfahrens haben immer wieder gezeigt, dass sich Betroffenheit nicht allgemeingültig bestimmen lässt, ganz unterschiedlich verstanden wird und auch verschiedene Ansätze zur Festlegung von Betroffenheitsräumen existieren. Der Konzeptteil SGT verfolgt den Ansatz, die Betroffenheit und den weiteren Einbezug von Gemeinden anhand von klaren und möglichst formulier- oder messbaren Kriterien zu definieren und die Standortregionen auf die direkt und mittelbar betroffenen Gemeinden zu beschränken. Je grösser eine Standortregion definiert wird, d. h. je mehr Gemeinden sie umfasst, desto geringer wird das Gewicht der von einem Tiefenlager und den dazu gehörenden Oberflächenanlagen unmittelbar und direkt betroffenen Gemeinden und ihrer Bevölkerung in der regionalen Partizipation. Diese Betroffenheit verstärkt sich in Etappe 3 mit der Konkretisierung eines Tiefenlagerprojektes im Hinblick auf ein Rahmenbewilligungsgesuch.

Das Anliegen, grössere oder «funktionale» Räume zur Anpassung der Standortregion für Etappe 3 zu betrachten, wurde insofern berücksichtigt, als für diese Diskussion die für die regionale Planung zuständigen Organe beigezogen werden.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Die strengen gesetzlichen und behördlichen Vorgaben und Prüfungen sollen sicherstellen, dass die durch ein geologisches Tiefenlager verursachte zusätzliche Strahlendosis gegenüber der natürlich vorhandenen Strahlung vernachlässigbar klein ist. Für die Umsetzung dieser Vorgaben bestehen verschiedene Konzepte und Technologien, die aus heutiger Sicht und nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zielgerichtet und plausibel sind. Sie lassen die Annahme zu, dass ein Tiefenlager realisiert werden kann, ohne dass Radioaktivität über das zulässige Ausmass hinaus freigesetzt wird. Dies gilt für den Normalbetrieb und für Störfälle, sowohl für die Betriebsphase als auch für die Langzeitsicherheit nach dem Verschluss des Lagers.

<sup>8</sup> Siehe dazu: BFE (2017): Studien zu Wirtschaft und Gesellschaft sowie Monitoring im Sachplan geologische Tiefenlager: Übersichts- und Steuerungsdokument. Bern.

<sup>9</sup> Siehe dazu Kapitel 2.4.2 Zusammensetzung der Regionalkonferenzen



## 1.4 Aufgaben der Gemeinden der Standortregion gemäss Konzeptteil

Das Pflichtenheft des Konzeptteils<sup>10</sup> legt für die Gemeinden der Standortregion folgende Aufgaben fest, die in der Regel von den Regionalkonferenzen wahrgenommen werden. Die Aufgaben für Etappe 3 des Sachplanverfahrens werden im Kapitel 2.3 konkretisiert.

Hauptfunktion	<p>Die Gemeinden der Standortregionen...</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ arbeiten mit dem BFE bei der Organisation und Durchführung der regionalen Partizipation zusammen und vertreten die regionalen Interessen.</li></ul>
Information der Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ stellen sicher, dass die Interessen, Bedürfnisse sowie Werte der Standortregion im Sachplanverfahren berücksichtigt und einbezogen werden und die regionale Bevölkerung informiert ist.</li><li>▪ tragen zu einer kontinuierlichen und verständlichen Information und Kommunikation mit der Bevölkerung bei.</li><li>▪ stellen sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger Zugang zu allen relevanten Informationen und Dokumenten der regionalen Partizipation haben.</li></ul>
Zusammenarbeit und Durchführung	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ bezeichnen ihre Vertretung in der regionalen Partizipation und bringen die Sichtweise der Gemeinden ein.</li><li>▪ arbeiten mit den anderen Gemeinden der Standortregion und dem Standortkanton zusammen.</li><li>▪ eruieren und analysieren gegenwärtige und mögliche künftige regionale Konflikte.</li><li>▪ übernehmen in Etappe 2 in Zusammenarbeit mit dem BFE die Durchführung der regionalen Partizipation.</li></ul>
Sicherheitsfragen und Oberflächenanlagen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ können bei den Bundesbehörden und Entsorgungspflichtigen das notwendige Expertenwissen abholen und sicherheitstechnische Fragen an das Technische Forum Sicherheit richten.</li><li>▪ können pro Standortregion eine Vertretung in das Technische Forum Sicherheit delegieren.</li><li>▪ erarbeiten resp. konkretisieren in Etappen 2 und 3 in Zusammenarbeit mit den Entsorgungspflichtigen Vorschläge zur Ausgestaltung, Platzierung und Erschliessung der Oberflächeninfrastruktur innerhalb des Planungssperimeters.</li></ul>
Regionale Entwicklung <sup>11</sup>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ unterstützen das BFE in Etappe 2 bei der Erarbeitung von sozioökonomischen Grundlagenstudien und erarbeiten eine Strategie, Massnahmen und Projekte für die nachhaltige Entwicklung ihrer Standortregion resp. aktualisieren bereits bestehende Strategien, Massnahmen und Projekte weiter.</li><li>▪ unterstützen das BFE in Etappe 3 für vertiefte Untersuchungen und schlagen Massnahmen sowie Projekte zur Umsetzung der regionalen Entwicklungsstrategie vor.</li><li>▪ erarbeiten in Etappe 3 Grundlagen für ein Monitoring von sozioökonomischen und ökologischen Auswirkungen sowie für allfällige Kompensationsmassnahmen.</li></ul>
Finanzen und Abgeltungen <sup>11</sup>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ schätzen die nötigen Ressourcen für die Durchführung der regionalen Partizipation ab (u. a. für administrative Unterstützung, Infrastruktur, Beizug von externen Expertinnen und Experten), beantragen etappenweise die benötigten finanziellen Mittel beim BFE und verwalten das Budget.</li><li>▪ erarbeiten in Etappe 3 Vorschläge für die benötigten finanziellen Mittel zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsstrategie der Standortregion.</li><li>▪ regeln in Etappe 3 zusammen mit den Standortkantonen und den Entsorgungspflichtigen die Frage der Abgeltungen.</li></ul>
Berichterstattung und Stellungnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ erarbeiten im Hinblick auf die Mitwirkung der Gemeinden der Standortregion während der Anhörung in den Etappen 2 und 3 Berichte über die im Rahmen der regionalen Partizipation behandelten Themen sowie Grundlagen für ihre Stellungnahmen.</li></ul>

<sup>10</sup> Konzeptteil SGT, S. 84+85

<sup>11</sup> Diese Aufgaben werden im Rahmen der Planung von Etappe 3 angepasst.



## 1.5 Partizipation, Gemeinden und Regionalkonferenzen

Der Konzeptteil SGT definiert für die Akteurinnen und Akteure Aufgaben und Pflichten, insbesondere für die Behörden auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene. Die Gemeinden der Standortregionen arbeiten mit dem BFE bei der Organisation und Durchführung der regionalen Partizipation zusammen und vertreten die regionalen Interessen. Sie bringen ihre Forderungen, Anliegen, Fragen, Bedürfnisse und Interessen aus regionaler Sicht in das Verfahren ein. Zu diesem Zweck wurden zu Beginn der Etappe 2 die Regionalkonferenzen gegründet. Diese setzen sich aus Behördenmitgliedern der Gemeinden, aus Vertretungen von organisierten Interessen und Personen aus der Bevölkerung zusammen, um die verschiedenen regionalen Interessen möglichst breit abzubilden. Mit Ausnahme der Plattform Jura Südfuss übernahmen in Etappe 2 die Regionalkonferenzen die Aufgaben der Gemeinden und verabschiedeten Empfehlungen und Stellungnahmen. Bei der Standortregion Jura Südfuss war vorgesehen, dass dies der Trägerverein, bestehend aus Vertretungen der Gemeinden, abschliessend vorzunehmen hatte. Die Regionalkonferenzen verabschiedeten in Etappe 2 ihre Stellungnahme zu Handen des BFE und der Gemeinden, die diese in der Vernehmlassung als Grundlage verwenden können.

Auch in Etappe 3 werden die Regionalkonferenzen Aufgaben der Gemeinden im Sachplanverfahren übernehmen. In spezifischen und sachlich begründeten Fällen gibt es Aufgaben (wie die Wahl der Delegation für die Abgeltungsverhandlungen), die von den Gemeinden der Standortregion selbst zu erfüllen sind.



## 2 Umsetzung der regionalen Partizipation in Etappe 3

Das Konzept der regionalen Partizipation in Etappe 3 wurde im Rahmen von Sitzungen der «Untergruppe Zusammenarbeit<sup>12</sup> zur Planung von Etappe 3» diskutiert und entwickelt. Unter Einbezug dieser Arbeitsgruppe, in der die Standortkantone, die Standortregionen, Deutschland und die Nagra vertreten sind, hat das BFE je ein Grundsatzpapier zur räumlichen Anpassung und zur Organisation, Struktur und Rechtsform der Regionalkonferenzen in Etappe 3 erarbeitet. Das vorliegende Konzept und insbesondere das Kapitel zur Umsetzung der regionalen Partizipation baut auf diesen beiden Grundsatzpapieren sowie auf einer Reihe von weiteren Unterlagen<sup>13</sup> auf, wie z. B. auf dem Konzept der regionalen Partizipation für die Etappen 1 und 2. Das Konzept beschreibt den Orientierungsrahmen für die Regionalkonferenzen. Bei der Bildung der Vereine kann auf regionale Gegebenheiten und Erfahrungen aus Etappe 2 Rücksicht genommen werden, solange die Rahmenbedingungen (Konzeptteil SGT, Vorgaben BFE) beachtet werden.

### 2.1 Räumliche Anpassung der Standortregionen für Etappe 3

#### 2.1.1 Überprüfung und allfällige Anpassung der Standortregionen

Im Dokument «Kriterien zur Definition der weiteren betroffenen Gemeinden» vom Dezember 2009 hatte das BFE den Ablauf und die Vorgaben zur Bildung der Standortregion für Etappe 2 festgelegt. Darin ist auch festgehalten, dass sich nach der Bezeichnung der Oberflächenanlage die Betroffenheit – allenfalls schon in Etappe 2 – verändern kann. Gespräche zwischen dem BFE und den Leitungsgruppen zeigten, dass allfällige Anpassungen erst hinsichtlich Etappe 3 vorgenommen werden sollen.

Mit der Bezeichnung der OFA-Areale in den Objektblättern von Etappe 2 verlieren die in Etappe 1 definierten OFA-Planungssperimeter ihre Funktion. Aus diesem Grund wird die Frage der Betroffenheit und des Einbezugs im Hinblick auf Etappe 3 erneut geprüft. Als Ausgangslage für die Überprüfung und Anpassung im Hinblick auf Etappe 3 dienen die bestehenden Standortregionen aus Etappe 2.

Das bisherige geologische Standortgebiet wird mit dem Bundesratsentscheid zu Etappe 2 voraussichtlich nicht verändert – somit gelten vorläufig alle Gemeinden oberhalb des geologischen Standortgebiets als betroffen. Das geologische Standortgebiet wird durch die für die Lagerung der radioaktiven Abfälle geeigneten geologischen Gesteinskörper im Untergrund definiert.

---

<sup>12</sup> Zur Planung von Etappe 3 wurde eigens eine Projektstruktur mit einer Projektoberleitung und fachlichen Untergruppen geschaffen. Für Fragen rund um die Partizipation ist die «Untergruppe Zusammenarbeit Kantone, Gemeinden und regionale Partizipation» zuständig.

<sup>13</sup> BFE (2008, Revision vom 30.11.2011): Sachplan geologische Tiefenlager. Konzeptteil.

- BFE (2009): Sachplan geologische Tiefenlager. Kriterien zur Definition «der weiteren betroffenen Gemeinden».
- BFE (2011): Sachplan geologische Tiefenlager. Konzept regionale Partizipation: Grundlagen und Umsetzung in Etappe 1 und 2.
- PLANVAL (2014): Aufbau der regionalen Partizipation im Sachplanverfahren zur Standortsuche von geologischen Tiefenlagern – Umsetzung und Erfahrungen.
- BFE (2015): Die Standortsuche für geologische Tiefenlager als gesellschaftspolitischer Prozess: Erfahrungen mit der Beteiligung Betroffener in der Schweiz.
- UNIVERSITÄT BERN (2016): Partizipative Entsorgungspolitik. Evaluation regionaler Partizipationsverfahren bei der Standortsuche für Tiefenlager von radioaktiven Abfällen Erster Zwischenbericht.
- UNIVERSITÄT BERN (2017): Teilprojekt Partizipative Entsorgungspolitik: Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund am Beispiel der Entsorgung radioaktiver Abfälle.

## 2.1.2 Gemeinden der Standortregion in Etappe 3

Gemäss Definition des Konzeptteils SGT setzt sich die Standortregion aus den Standortgemeinden (d. h. den Gemeinden über dem geologischen Standortgebiet) sowie den Gemeinden, welche ganz oder teilweise im Planungssperimeter liegen zusammen. Zusätzlich und in begründeten Fällen können weitere betroffene Gemeinden zur Standortregion gezählt werden.<sup>14</sup>

In Etappe 3 können Gemeinden auf Grund von zwei Aspekten als betroffen gelten: Einerseits sind dies Gemeinden, auf deren Gebiet unter- oder oberirdische Anlagen zu stehen kommen könnten – die Infrastrukturgemeinden. Andererseits sind in einem Umkreis um die Infrastrukturgemeinden weitere einzubeziehende Gemeinden betroffen. Ausgangslage für Anpassungen für Etappe 3 sind die bisherigen Standortregionen aus Etappe 2.

Alle Gemeinden zusammen bilden die Standortregion. Grundsätzlich sind diese Gemeinden gleichberechtigt und können sich über ihre Vertretungen in der Regionalkonferenz einbringen. Mit der schrittweisen Konkretisierung des Lagerprojekts in Etappe 3 wird es hingegen Gemeinden geben, die bei spezifischen Aufgaben angesprochen werden müssen, wie bei der Ausgestaltung einer Oberflächenanlage (OFA) oder bei der Platzierung der Nebenzugangsanlagen (NZA). Andererseits müssen für weitere Aufgaben auch weitere Kreise angesprochen werden, so z. B. bei Fragen im Zusammenhang mit der regionalen Entwicklung im Rahmen eines Tiefenlagers oder bei Fragen zur Sicherheit.

### Infrastrukturgemeinden

Zu den Infrastrukturgemeinden zählen die Gemeinden, unterhalb deren Gemeindegebiet ein geologisches Standortgebiet ganz oder teilweise liegt, die Gemeinden des Zugangssperimeters (nur Jura Ost) sowie Gemeinden, auf oder unterhalb deren Gemeindegebiet eine ober- oder unterirdische Infrastrukturanlage ganz oder teilweise realisiert werden könnte. Zur Oberflächeninfrastruktur gehören neben den Oberflächenanlagen die Nebenzugangsanlagen (NZA), die oberirdischen Erschliessungsanlagen (bis zum Hauptverkehrsnetz), der oberflächennahe Zugang Untertag sowie Depots und Bauinstallationsplätze<sup>15</sup>. Während die ungefähre Lage des OFA-Areals bereits in Etappe 2 bekannt ist, werden andere Infrastrukturanlagen erst in Etappe 3 oder später in der weiteren Konkretisierung des Tiefenlagerprojekts festgelegt. Die Standortregion für Etappe 3 bzw. die Zuordnung der Gemeinden zu Infrastrukturgemeinden oder weiteren einzubeziehenden Gemeinden wird gemäss dem aktuellen Wissensstand im Verfahren bestimmt und kann später bei Bedarf und neuen Erkenntnissen angepasst werden. Insbesondere ist davon auszugehen, dass nach der Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuches die Anzahl der Infrastrukturgemeinden angepasst bzw. reduziert wird, weil der damit bezeichnete untertägige Lagerbereich kleiner sein wird als das geologische Standortgebiet. Im Zuge dieser Anpassung kann auch die Standortregion überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Somit werden Infrastrukturgemeinden als Ergebnis von Etappe 3 Gemeinden sein, unterhalb deren Gemeindegebiet ein untertägiger Lagerbereich ganz oder teilweise liegt, sowie Gemeinden, auf oder unterhalb deren Gemeindegebiet eine ober- oder unterirdische Infrastrukturanlage ganz oder teilweise realisiert werden könnte.

### Weitere einzubeziehende Gemeinden / regionale Planungsträger

Neben den Infrastrukturgemeinden gehören weitere Gemeinden zur Standortregion. Um den Status quo aus Etappe 2 zu berücksichtigen, werden die bisherigen Gemeinden im Planungssperimeter (die nicht bereits Infrastrukturgemeinden sind) und die bisherigen weiteren betroffenen Gemeinden für Etappe 3 als «weitere einzubeziehende Gemeinden» betrachtet. Zusätzlich können neue Gemeinden in diese Kategorie fallen, wenn sie direkt an die Standortregion von Etappe 2 angrenzen. Die Betroffenheit dieser Gemeinden kann sich entweder durch regionale Verbundenheit, topografische Nähe zur Oberflächeninfrastruktur (z. B. Sichtbarkeit) oder mögliche sozioökonomische-ökologische Auswirkungen (z. B. Erschliessung) ergeben<sup>16</sup>. Die regionale Entwicklung wird in Etappe 3 ein wichtiges Thema sein. Deshalb werden über die Gemeindegrenzen hinweg auch die regionalen Planungsträger einbezogen (unterschiedlich je Teilraum: Planungsverband oder Planungsgruppe, Landkreis (D) oder Kanton, wenn keine regionalen Planungsverbände vorhanden sind).

---

<sup>14</sup> Konzeptteil SGT, S. 24

<sup>15</sup> Depots und Bauinstallationsplätze werden erst nach Abschluss des SGT-Verfahrens geplant.

<sup>16</sup> Im Anhang I sind die bisherigen Kriterien aus Etappe 2 für allfällige neue weitere einzubeziehende Gemeinden aufgeführt. Deren Anwendung ist als Orientierungsgrösse zu verstehen und soll in einem pragmatischen Sinne erfolgen, der die verschiedenen regionalen Interessen und die bisherige Entwicklung jeder RK berücksichtigt.



## 2.2 Übersicht zu den Unteretappen von Etappe 3

Die rund elf Jahre dauernde Etappe 3 gliedert sich in Unteretappen und entsprechende Teilschritte. In den ersten Jahren von Etappe 3 werden die Standortgebiete vertieft untersucht, insbesondere durch Sondierbohrungen. Danach wird die Nagra eine Auswahl treffen, für welche Standortgebiete sie Rahmenbewilligungsgesuche (zwei getrennte Lager SMA/HAA) ausarbeiten wird. Im Falle eines «Kombilagers» wird nur ein Rahmenbewilligungsgesuch ausgearbeitet. Nach dieser Auswahl wird die Nagra in Zusammenarbeit mit den ausgewählten Regionen das Lagerprojekt weiter konkretisieren. Die Regionalkonferenzen sind hauptsächlich in den ersten beiden Unteretappen gefordert, bevor sie schliesslich in der dritten Unteretappe ihre Stellungnahme zu Etappe 3 erarbeiten und verabschieden. In Etappe 3 laufen zwei Prozesse parallel ab: einerseits das Sachplanverfahren, das mit dem sogenannten Objektblatt zu einem räumlichen Ergebnis führt («wo soll gebaut werden?»), andererseits das Verfahren, das zu den Rahmenbewilligungen und somit zu Grundsatzentscheiden bezüglich der geologischen Tiefenlager führt («was soll gebaut werden?»). Der Bundesratsentscheid zu den Rahmenbewilligungen muss vom Parlament genehmigt werden. Der Parlamentsbeschluss unterliegt schliesslich dem fakultativen Referendum und damit einer möglichen Volksabstimmung.

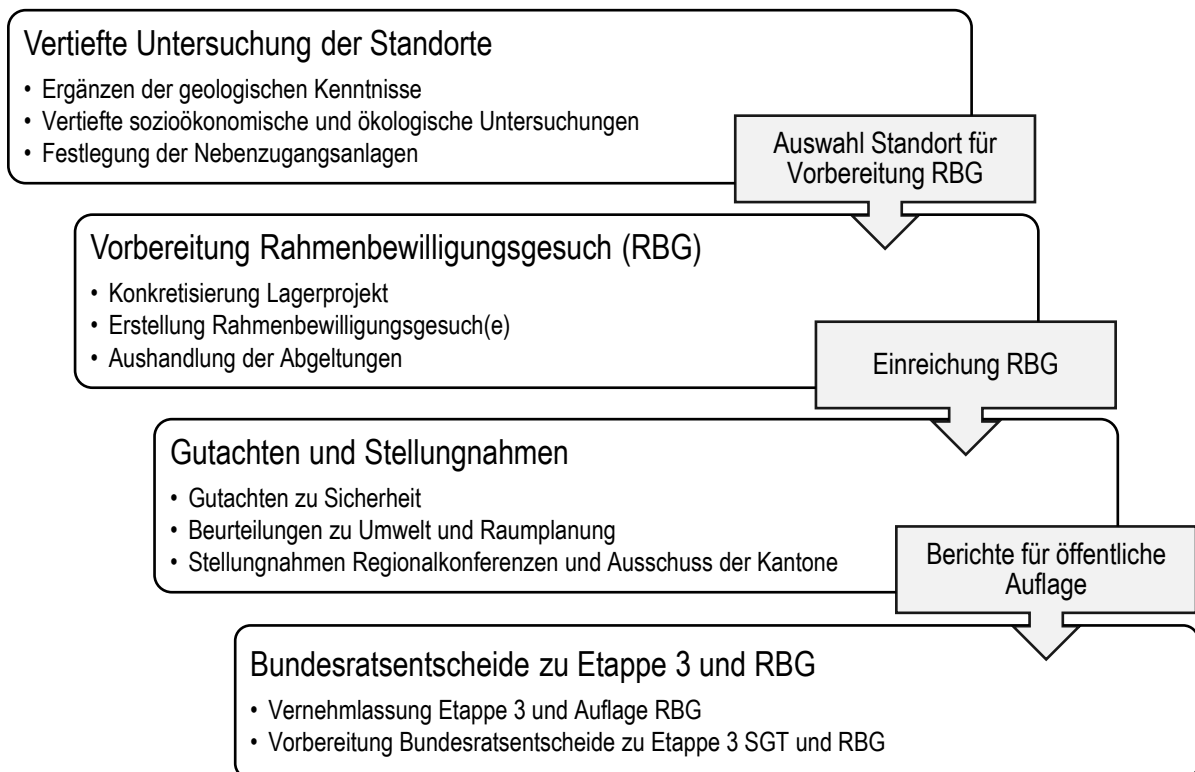


Abbildung 3: Übersicht zu den Unteretappen und Teilschritten in Etappe 3



## 2.3 Aufgaben in Etappe 3

Die Gemeinden der Standortregion bzw. die Regionalkonferenzen erfüllen gemäss Pflichtenheft im Konzeptteil SGT (vgl. Kapitel 1.4) in Etappe 3 insbesondere folgende Aufgaben:

### 2.3.1 Aufgaben der Regionalkonferenzen in Etappe 3

1. *Regionale Entwicklung:* Gemäss Konzeptteil SGT hätten die Standortregionen in Etappe 3 die Aufgabe, Massnahmen und Projekte zur Umsetzung von regionalen Entwicklungsstrategien vorzuschlagen (SGT, S. 50, 85, 89). Die Diskussion zu dieser Aufgabe zeigte jedoch, dass eine Erarbeitung solcher Massnahmen und Projekte in Etappe 3 verfrüht ist, da eine Umsetzung noch in weiter Ferne liegt. Das Vorgehen zur regionalen Entwicklung wird daher angepasst und in einem separaten Leitfaden<sup>17</sup> konkretisiert.
2. *Monitoring:* Die Regionalkonferenzen konkretisieren das Monitoringkonzept für die Standortregion weiter und begleiten die Umsetzung des Monitorings (gemäss Konzept Monitoring des BFE). (SGT, S. 50, 85)
3. *Einengung OFA:* Die Regionalkonferenzen nehmen Stellung zur Einengung OFA, falls im Objektblatt zu Etappe 2 noch mehr als ein Standort eingetragen ist. Hinweis: Diese Aufgabe betrifft nur die Standortregion Nördlich Lägern und wird bereits in Etappe 2 angesprochen. (SGT, S. 46, 85)
4. *Platzierung NZA:* Die Regionalkonferenzen bzw. die «Fachgruppen Oberflächenanlagen» mit den zuständigen Gemeindevertretungen nehmen Stellung zur Platzierung der Nebenzugangsanlagen. (SGT, S. 46, 85)
5. *Ausgestaltung OFA:* Die Regionalkonferenzen bzw. die «Fachgruppen Oberflächenanlagen» mit den zuständigen Gemeindevertretungen nehmen Stellung zur Ausgestaltung der Oberflächenanlagen. Die Ausgestaltung der OFA im Rahmen der Konkretisierung des Lagerprojekts findet erst statt, nachdem die Nagra ihre Auswahl getroffen hat, für welche Standortgebiete sie Rahmenbewilligungsgesuche ausarbeiten wird. (SGT, S. 46, 85)
6. *Stellungnahme zu Etappe 3:* Die Regionalkonferenzen erarbeiten die Stellungnahme zu Etappe 3. (SGT, S. 51, 85)
7. *Information und Wissenserhalt:* Die Regionalkonferenzen tragen zu einer kontinuierlichen Information und Kommunikation mit der Bevölkerung bei und stellen den Wissenserhalt innerhalb der Standortregion sicher. (SGT, S. 84, 85)

### 2.3.2 Aufgabe der Gemeinden der Standortregion in Etappe 3

*Abgeltungsverhandlungen:* Die Gemeinden der Standortregion (Behördenvertretungen) haben die Aufgabe, eine Delegation der Gemeinden zu bestimmen, die über die Frage der Abgeltungen verhandelt. Die eigentlichen Abgeltungsverhandlungen finden ausserhalb der Regionalkonferenz zwischen den Entsorgungspflichtigen, den Standortkantonen und den Gemeinden der Standortregion statt (SGT, S. 50, 85, 89). Der Rahmen der Verhandlungen wird in einem «Leitfaden» beschrieben (ETH (2017): Verhandlungsrahmen für den Aushandlungsprozess von Abgeltungen / Kompensationen).

---

<sup>17</sup> Leitfaden für die Regionalkonferenzen: Massnahmen zur gewünschten Entwicklung in der Standortregion



## 2.4 Organisatorische Anpassung der Regionalkonferenzen für Etappe 3

Die organisatorischen Anpassungen für Etappe 3 betreffen die Rechtsform, die Zusammensetzung sowie die Struktur und Organe der Regionalkonferenzen.

### 2.4.1 Anpassung der Rechtsform der Regionalkonferenz (Vereinsgründung)

Die Gemeinden der Standortregion sind für die Organisation und Durchführung der regionalen Partizipation in Zusammenarbeit mit dem BFE verantwortlich und sind die Träger der regionalen Partizipation bzw. der Regionalkonferenz. Von der Rechtsform her könnten die Regionalkonferenzen aus Etappe 2 als einfache Gesellschaften oder als vereinsähnliche Organisationen mit Mängeln in der Vereinsgründung betrachtet werden. Um Klarheit in Sachen Rechtsform zu schaffen, werden die Regionalkonferenzen in Etappe 3 als Vereine nach Schweizerischem Zivilgesetzbuch (ZGB) weitergeführt. Gegen Ende von Etappe 2 sind dementsprechend Gründungsversammlungen durchzuführen. Dazu braucht es die Annahme von Statuten (vergleichbar mit den bestehenden Organisationsreglementen) und die Besetzung der Organe des Vereins.

Gegenüber der Situation in Etappe 2 bietet die Vereinsform verschiedene Vorteile: Ein Verein hat eine eigene Rechtspersönlichkeit und kann als Verein selbständig Verträge abschliessen oder ein Konto eröffnen. Über bestimmte festgelegte Kriterien können in einem Verein relativ einfach neue Mitglieder aufgenommen werden. In den Vereinsstatuten lassen sich zudem besondere Stimmrechte für die Mitglieder regeln. Ein wichtiger Unterschied besteht bezüglich der Haftungsfrage: Ein Verein haftet grundsätzlich mit dem Vereinsvermögen, wenn die Statuten keine anderslautende Regelung beinhalten. Zusätzlich kann eine persönliche Haftung der Vereinsmitglieder mittels Statuten explizit ausgeschlossen werden. Bei der einfachen Gesellschaft hingegen haften alle Gesellschafter solidarisch und vollumfänglich mit ihrem Privatvermögen. Schliesslich bleibt ein Verein langfristig bestehen und dessen Zweck kann bei Bedarf relativ einfach angepasst werden.

### 2.4.2 Zusammensetzung der Regionalkonferenzen in Etappe 3

#### **Mitgliedschaften im Verein Regionalkonferenz**

In den Regionalkonferenzen sollen die unterschiedlichen Interessen einer Region breit, ausgewogen und so weit als möglich repräsentativ abgebildet werden. Eine Regionalkonferenz umfasst in der Regel rund 90–120 Mitglieder, in begründeten Fällen kann davon abgewichen werden. Die Mitglieder haben ihren Wohn- oder Arbeitssitz in der Standortregion (bei der Mitgliedschaft II «Gemeindedelegierte» sind Ausnahmen möglich). Die Regionalkonferenz wird in Etappe 3 als Verein organisiert und kennt vier verschiedene Arten von Mitgliedschaften:

- I. *Behördenvertretungen:* Jede Gemeinde der Standortregion (d. h. Infrastrukturgemeinden und weitere einzubeziehende Gemeinden) kann durch eine von der Gemeinde mandatierte Person vertreten werden<sup>18</sup>. In der Regel handelt es sich dabei um ein Mitglied der Gemeindeexekutive.
- II. *Delegierte von regionalen Planungsträgern und Gemeinden (kurz: «Gemeindedelegierte»):* Jeder regionale Planungsträger, der mit mindestens einer Gemeinde in der Standortregion oder mit einem Sitz in der Regionalkonferenz von Etappe 2 vertreten war, kann gemäss der ihm nach BFE-Verteilschlüssel zustehenden Sitze Delegierte des Planungsträgers oder seiner Gemeinden in die Regionalkonferenz von Etappe 3 entsenden. Dabei können auch Gemeinden ausserhalb der Standortregion eine Vertretung in die Regionalkonferenz delegieren.

---

<sup>18</sup> Ob die Gemeinden lediglich eine Vertretung in die Regionalkonferenz delegieren (Mitglied des Vereins ist dann die delegierte Person) oder ob die Gemeinde selbst Mitglied des Vereins wird, hängt von der jeweiligen kommunalen und kantonalen Gesetzgebung ab. Je nach Gesetzgebung erfordert der Vereinsbeitritt die Zustimmung der kommunalen Legislative (z. B. Gemeindeversammlung).



- III. *Organisierte Interessen*: Organisierte Interessen mit Sitz in der Standortregion, welche von einem allfälligen Tiefenlager betroffen sind, können natürliche Personen als Delegierte für die Regionalkonferenz nominieren.
- IV. *Nicht organisierte Interessen (Bevölkerung)*: Natürliche Personen mit Wohn- oder Arbeitsort in der Standortregion können Mitglied in der Regionalkonferenz werden. Vertretungen der Bevölkerung üben keine aktiven Funktionen in Organisationen aus (z. B. Mitglied eines Vorstands), die bereits als organisierte Interessen in der Regionalkonferenz vertreten sind.

Bei den *Behördenvertretungen* delegieren die Gemeinden der Standortregion ihre Vertretung, die ihre Interessen nach bestem Wissen und Gewissen vertritt. Die Behördenvertretung ist in der Regel ein Mitglied der kommunalen Exekutive (in der Folge als Gemeinderat bezeichnet) und wird durch einen Beschluss des Gemeinderats bestimmt. Möglich wäre alternativ z. B. die Delegation eines ehemaligen Mitglieds des Gemeinderats, das bereits in Etappe 2 Mitglied der Regionalkonferenz war. In solchen Fällen ist ein besonderes Augenmerk auf den Informationsaustausch zu legen. Die Beschlüsse der Regionalkonferenz sind für die Gemeinden nicht bindend. Die Beschlüsse, Stellungnahmen und Empfehlungen der Regionalkonferenzen fliessen in die Gesamtbeurteilung des Bundes ein und bilden eine Grundlage für die Stellungnahmen der Gemeinden in der formellen Vernehmlassung.

Mit *Delegierten von regionalen Planungsträgern und weiteren Gemeinden* in der Regionalkonferenz können über die im Sachplan definierte Standortregion hinaus weitere Interessen einbezogen werden. Dies ist beispielsweise wichtig bei Fragen der regionalen Entwicklung. Mit diesen Vertretungen können u. a. funktionale Zusammenhänge berücksichtigt werden, die über die Standortregion hinausgehen. Unter regionalen Planungsträgern werden in erster Linie die regionalen Planungsverbände oder Planungsgruppen als Zusammenschluss von Gemeinden verstanden. Gibt es in einem Kanton (wie z. B. im Kanton Schaffhausen) keine Planungsträger so kann der Kanton die entsprechenden Personen delegieren. Auf deutscher Seite werden die Landkreise als regionale Planungsträger betrachtet. In der Regel werden die in der Regionalkonferenz zur Verfügung stehenden Delegiertensitze Gemeinden zugeordnet. Dadurch kann z. B. Gemeinden mit einer Oberflächeninfrastruktur mehr Gewicht verliehen werden oder es können sich Gemeinden in die Regionalkonferenz einbringen, die nicht Teil der Standortregion sind. Die Gemeindedelegierten müssen nicht zwingend der Exekutive der Gemeinde angehören; der Fokus ihrer Vertretung in der Regionalkonferenz soll aber auf kommunalen und/oder regionalen Interessen liegen. Damit besteht die Möglichkeit, dass eine Gemeinde eine Person delegiert, die sich bereits in Etappe 2 in der Regionalkonferenz engagiert hat. Bei den Gemeindedelegierten macht es für deren Arbeit in der Regionalkonferenz keinen Unterschied, welchen «Grad» an Betroffenheit die Gemeinde aufweist.

### **Zusammensetzung der Regionalkonferenz**

Mit der Erarbeitung des oder der Rahmenbewilligungsgesuche wird das Tiefenlagerprojekt in Etappe 3 für eine oder zwei Regionen konkretisiert. Dabei stellen sich spezifische Fragen zur Ausgestaltung und Erschliessung der Oberflächenanlagen oder zu Massnahmen der regionalen Entwicklung zur Stärkung einer Region.<sup>19</sup> Mit dieser Konkretisierung des Tiefenlagerprojekts sind die Gemeinden stärker als bisher gefragt und gefordert. Deshalb besteht für Etappe 3 die Möglichkeit, den Gemeinden und regionalen Planungsträgern innerhalb der Regionalkonferenz zusätzliche Sitze und damit mehr Gewicht zu verleihen. Den Behördenvertretungen und den Delegierten der regionalen Planungsträger und der Gemeinden (Mitgliedschaft I und II) können 45–60 Prozent der Sitze in der Regionalkonferenz zugeordnet werden, während den organisierten Interessen 30–40 Prozent und den nicht organisierten Interessen (Bevölkerung) 10–20 Prozent der Sitze zustehen.

---

<sup>19</sup> Das Vorgehen zur regionalen Entwicklung wird in einem separaten Leitfaden konkretisiert (Leitfaden für die Regionalkonferenzen: Massnahmen zur gewünschten Entwicklung in der Standortregion).



## Bandbreiten für die Zusammensetzung der Regionalkonferenzen in Etappe 3

Beispiel mit starkem Gewicht auf Behördenvertretungen



Beispiel mit vielen Vertretungen aus Organisationen



Beispiel mit vielen Vertretungen aus der Bevölkerung



■ Behörden\*    ■ Organisationen    ■ Bevölkerung  
45-60 %                      30-40 %                      10-20 %

\* Behörden umfassen neben den eigentlichen Gemeindebehörden (I) auch weitere Delegierte von Gemeinden und regionalen Planungsträgern (II).

Abbildung 4: Mögliche Bandbreiten für die Zusammensetzung der Regionalkonferenzen in Etappe 3

### Verteilschlüssel des BFE für die Regionalkonferenzen

Für die Zusammensetzung der Regionalkonferenzen in Etappe 3 macht das BFE anhand eines Verteilschlüssels (siehe Anhang III) Vorgaben: Die in Etappe 2 bestehenden prozentualen Sitzverhältnisse zwischen den Kantonen und Deutschland werden in Etappe 3 nicht verändert. Es gelten folgende prozentualen Sitzverhältnisse für die Regionalkonferenzen (Basis ist Etappe 2, Stand November 2015, Zahlen sind gerundet):

<b>Jura Ost</b>	Kanton AG:	Deutschland:		
Anteil Sitze an RK	86 %	14 %		
<b>Nördlich Lägern</b>	Kanton ZH:	Kanton AG:	Kanton SH:	Deutschland:
Anteil Sitze an RK	57 %	26 %	2 %	15 %
<b>Zürich Nordost</b>	Kanton ZH:	Kanton SH:	Kanton TG:	Deutschland:
Anteil Sitze an RK	60 %	19 %	11 %	11 %

### 2.4.3 Struktur und Organe der Regionalkonferenz in Etappe 3

Im Detail werden die Organe und deren Aufgaben sowie die Arbeitsabläufe in den jeweiligen Statuten zum «Verein Regionalkonferenz XY» festgehalten. Es bestehen dazu detaillierte Musterstatuten.<sup>20</sup> Die Regionalkonferenzen können innerhalb der Rahmenbedingungen des BFE diese Musterstatuten an ihre regionalen Bedürfnisse anpassen. Grundsätzlich ist für den Verein folgende Struktur vorgesehen:

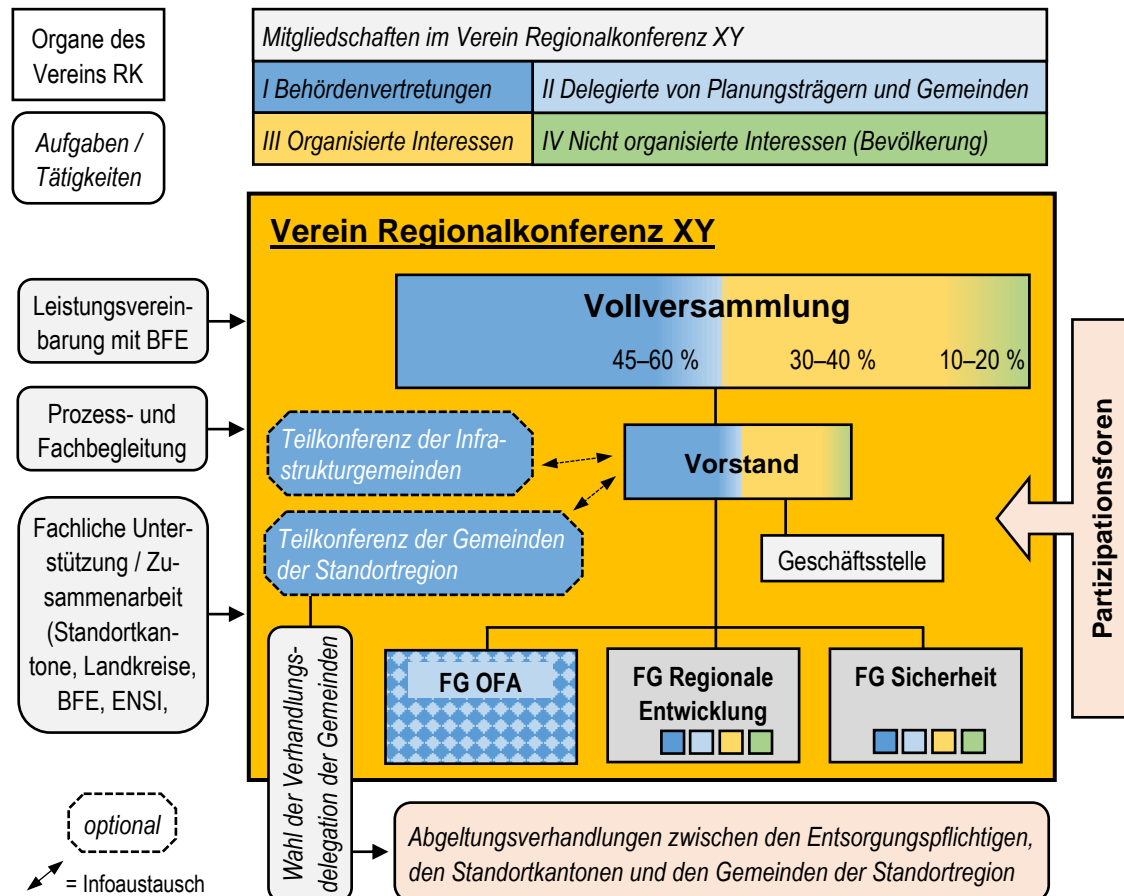


Abbildung 5: Struktur des Vereins Regionalkonferenz in Etappe 3

### Organe des «Vereins Regionalkonferenz» in Etappe 3

Die Organe des Vereins in Etappe 3 orientieren sich an der bisherigen Organisation der Regionalkonferenzen in Etappe 2 und berücksichtigen den Verteilschlüssel (Anteile Kantone und Deutschland).

#### Vollversammlung

Die Mitglieder des Vereins bilden die Vollversammlung. Sie ist oberstes Organ des Vereins. Zur Vorberatung der Geschäfte bildet die Regionalkonferenz Fachgruppen. Die Vollversammlung wählt einen Vorstand, ein Präsidium und besetzt die Fachgruppen. Durch die unterschiedlichen Mitgliedschaften können wo nötig bestimmte Aufgaben und Geschäfte ausschliesslich den Behördenvertretungen zugewiesen werden.

<sup>20</sup> Die Musterstatuten wurden in der Untergruppe Zusammenarbeit zur Planung von Etappe 3 erarbeitet. Dort ist auch ersichtlich, welche Artikel gesetzlich vorgeschrieben sind und welche ungefähr den bisherigen Organisationsreglementen der Regionalkonferenzen entsprechen.



### *Vorstand*

Der Vorstand besteht in der Regel aus 5-12 Mitgliedern der Regionalkonferenz. Die Behördenvertretungen können dabei die Mehrheit bilden. An den Vorstandssitzungen nehmen die Geschäftsstelle sowie bei Bedarf die Prozessbegleitung und die Medienstelle mit beratender Stimme teil (alle drei ohne Stimmrecht). Der Vorstand schliesst mit dem BFE Verträge ab und ist für deren Einhaltung zuständig. Zudem ist er für die operativen Geschäfte (u. a. Budget- und Meilensteinplanung), Planung und Führung der Regionalkonferenz und der Fachgruppen sowie der Geschäftsstelle verantwortlich.

### *Geschäftsstelle*

Sie setzt sich aus der vom Vorstand mit der Leitung der Geschäftsstelle beauftragten Person sowie allenfalls weiteren Mitarbeitenden zusammen. Zu ihren Aufgaben gehört die Unterstützung des Vorstands in administrativen Belangen. Sie ist Anlaufstelle für die Mitglieder der Regionalkonferenz, der Gemeinden der Standortregion und der regionalen Bevölkerung für Informationen und Fragen. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe ist hilfreich, wenn die Geschäftsstelle in der Region bekannt ist. Weiter betreut sie die Kommunikationsmassnahmen und ist für die Rechnungsführung sowie für Dokumentation und Archivierung zuständig.

### *Fachgruppe Oberflächenanlagen*

In Etappe 3 muss die bezeichnete OFA hinsichtlich des Rahmenbewilligungsgesuches zusammen mit der Nagra weiter konkretisiert werden. Zudem wird die Nagra Vorschläge zur Platzierung und Anordnung der Nebenzugangsanlagen präsentieren. Die Diskussion darüber wird zwischen den Vertretungen der entsprechenden Gemeinden (FG OFA) und der Nagra geführt. Die Fachgruppe kann im Rahmen ihres Auftrags Fachpersonen des Bundes, der Kantone und der Entsorgungspflichtigen sowie externe Experten oder Expertinnen beiziehen. Die Fachgruppe ist für die Stellungnahme zur Platzierung der NZA sowie zur Ausgestaltung der OFA zuständig. Die Fachgruppe erhält bei Bedarf Unterstützung durch eine Fachbegleitung.

### *Fachgruppe regionale Entwicklung<sup>21</sup>*

Die Regionalkonferenz entwickelt Ideen von Massnahmen im Rahmen der regionalen Entwicklung, begleitet das Monitoring im Bereich sozioökonomischer Indikatoren und wirkt bei der Durchführung der Studien zu den vertieften Untersuchungen (VU) mit. Die Vorarbeiten dazu leistet die Fachgruppe regionale Entwicklung. Die Fachgruppe kann im Rahmen ihres Auftrags Fachpersonen des Bundes, der Kantone und der Entsorgungspflichtigen sowie externe Experten oder Expertinnen beiziehen. Jedem regionalen Planungsträger mit mindestens einer Gemeinde in der Standortregion steht zudem ein Sitz in der Fachgruppe zu. Die entsprechende kantonale Fachstelle kann als Beisitzerin Einsitz nehmen. Die Fachgruppe erhält bei Bedarf Unterstützung durch eine Fachbegleitung.

### *Fachgruppe Sicherheit*

Die Aufgaben der Fachgruppe sind die Wissensaneignung zu den erdwissenschaftlichen Untersuchungen, die Auseinandersetzung mit der Standortwahl der Nagra im Rahmenbewilligungsgesuch (Bewertung der Nachvollziehbarkeit im Rahmen der Erarbeitung der RK-Stellungnahme zu Etappe 3), die Beschäftigung mit den Sicherheitsaspekten der NZA sowie die Auseinandersetzung mit den Fragen und Antworten des Technischen Forums Sicherheit (TFS). Die Fachgruppe erhält bei Bedarf Unterstützung durch eine Fachbegleitung.

---

<sup>21</sup> Das Vorgehen zur regionalen Entwicklung wird in einem separaten Leitfaden konkretisiert (Leitfaden für die Regionalkonferenzen: Massnahmen zur gewünschten Entwicklung in der Standortregion).



### **Optionale Organe des «Vereins Regionalkonferenz» in Etappe 3**

Optionale Organe sind beispielsweise eine Prozessbegleitung, eine Medienstelle, eine Teilkonferenz von Gemeinden oder Partizipationsforen.

#### *Teilkonferenz der Gemeinden der Standortregion*

Im Rahmen der Teilkonferenz der Gemeinden der Standortregion nehmen die entsprechenden Behördenvertretungen die Aufgaben wahr, die ihnen durch die Statuten zugewiesen sind. Insbesondere geht es um die Aufgabe, für die Abgeltungsverhandlungen eine Delegation der Gemeinden der Standortregion zu bestimmen und die Verhandlungen zu begleiten.

#### *Teilkonferenz der Infrastrukturgemeinden*

Eine Regionalkonferenz kann zusätzlich eine Teilkonferenz der Infrastrukturgemeinden vorsehen. Die Konferenz dient dem Informationsaustausch und der Koordination unter den Infrastrukturgemeinden. Sie kann Fragen, Anliegen und Forderungen an den Vorstand formulieren.

#### *Partizipationsforen*

Partizipationsforen dienen dem temporären, aber regelmässigen Einbezug von Interessierten aus Behörden, Interessenorganisationen sowie der breiten Bevölkerung. Es sind Veranstaltungen, die zusätzlich zu den Organen der Regionalkonferenz der Informations- und Wissensvermittlung, der Klärung bestimmter Fragestellungen oder dem Einbezug spezieller Gruppen (z. B. Jugendliche) dienen. Sie werden vom Vorstand organisiert. Die Erkenntnisse aus den Partizipationsforen fliessen in die Meinungsbildung der Organe des Vereins, in die Anträge der Fachgruppen und in die Stellungnahmen der Regionalkonferenz ein. Als Veranstaltungsform sind z. B. moderierte Workshops oder Exkursionen vorstellbar.

## **2.4.4 Präzisierungen zu Gemeinden, Aufgaben und Strukturen**

In der Standortregion werden Infrastrukturgemeinden und weitere einzubeziehende Gemeinden unterschieden. Aus dieser unterschiedlichen Gemeindefinition leiten sich für die beiden Gemeindearten noch keine unterschiedlichen Aufgaben ab. Entweder betrifft eine Aufgabe alle Behördenvertretungen der Gemeinden der Standortregion (d. h. Mitgliedschaft I) oder eine Aufgabe betrifft die Gemeinden, die von einer Oberflächeninfrastruktur betroffen sind. Von einer solchen Oberflächeninfrastruktur können Infrastrukturgemeinden und wegen Sichtbarkeit auch weitere einzubeziehende Gemeinden betroffen sein. Die Aufgaben werden nicht bestimmten Gemeinden, sondern stets den Organen des Vereins Regionalkonferenz zugeordnet. In diesen Organen sind die Gemeinden und weitere Interessen nach der regional gewünschten Gewichtung vertreten. Dabei sind für bestimmte Aufgaben in Etappe 3 folgende Besonderheiten zu beachten:

### **Wahl der Gemeinde-Delegation für Abgeltungsverhandlungen**

Für die Wahl der Gemeinde-Delegation für die Abgeltungsverhandlungen, die mit den Vertretungen der Standortkantone und den Entsorgungspflichtigen die Verhandlungen gemäss dem «Verhandlungsrahmen (Leitfaden) für den Aushandlungsprozess von Abgeltungen / Kompensationen» führt, haben ausschliesslich die Behördenvertretungen (Mitgliedschaft I) das Wahlrecht (Teilkonferenz der Gemeinden der Standortregion). Auf Seiten der Region ist die Aushandlung Sache der Gemeinden. Aufgabe der Behördenmitglieder ist die Wahl und Bestimmung der Verhandlungsdelegation der Gemeinden der Standortregion und allenfalls deren Mandat sowie die Begleitung der Verhandlungen. Die eigentlichen Abgeltungsverhandlungen finden danach ausserhalb der Regionalkonferenzen statt.

### **Fachgruppe Oberflächenanlagen**

Die Diskussion mit der Nagra zur Platzierung der Nebenzugangsanlagen (Aufgabe 4) und zur Ausgestaltung der OFA inkl. Erschliessung (Aufgabe 5) ist die Aufgabe der Fachgruppe OFA (siehe Kapitel 2.3.1). In dieser Fachgruppe nehmen die Vertretungen der Gemeinden mit Oberflächenanlagen (OFA, NZA) sowie der Nachbargemeinden mit Sichtbeziehung Einsitz (dies können auch weitere einzubeziehende Gemeinden sein). Die Mitglieder werden vom Vorstand anhand der von den entsprechenden Gemeinden gemeldeten Vertretungen bezeichnet. Wie bei den anderen Fachgruppen werden die erarbeiteten Stellungnahmen der FG OFA abschliessend von der Vollversammlung verabschiedet.



## 2.5 Übergangsprozess von Etappe 2 zu Etappe 3

Im Hinblick auf Etappe 3 wurden die Standortregionen bezüglich räumlicher Anpassung überprüft, mit den Gemeinden, regionalen Planungsträgern und Kantonen diskutiert und bei Bedarf angepasst. Das BFE hat die Entwürfe der Standortregionen für Etappe 3 erarbeitet. Die Infrastrukturgemeinden werden im Ergebnisbericht zu Etappe 2 namentlich aufgeführt, die weiteren einzubeziehenden Gemeinden werden im Erläuterungsbericht aufgelistet. Ebenfalls sind die zusätzlichen Sitze für die regionalen Planungsträger und die Gemeindedelegierten (Mitgliedschaft II) zu bestimmen.

Die bestehenden Regionalkonferenzen, bzw. deren Leitungsgruppen, treffen in Zusammenarbeit mit dem BFE die nötigen Vorbereitungen für die Überführung ihrer Regionalkonferenz in einen Verein. Basierend auf den Musterstatuten entwirft die Leitungsgruppe Statuten für den «Verein Regionalkonferenz XY». Sie erarbeitet weiter die Zusammensetzung (Anpassung) der Regionalkonferenz, wobei wenn möglich auf Kontinuität geachtet wird, insbesondere was bestehende Mitglieder der Regionalkonferenz anbelangt, um einem Wissensverlust entgegenzuwirken. So können beispielsweise Gemeinden bzw. regionale Planungsträger für ihre Vertretungen Personen delegieren, die bereits in Etappe 2 engagierte Mitglieder der Regionalkonferenz waren. Bei Vertretungen der organisierten und nicht organisierten Interessen ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Regionalkonferenz erfüllt sind. Die Leitungsgruppen erstellen eine Liste der für die erste Vollversammlung (Gründungsversammlung) einzuladenden Mitglieder. Diese Liste wie auch die Statuten müssen vom BFE zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Das BFE prüft dabei, ob die verschiedenen regionalen Interessen ausgewogen berücksichtigt wurden, ob die prozentualen Sitzanteile zwischen Kantonen und Deutschland gewahrt wurden und ob die Zusammensetzung der Regionalkonferenz den Vorgaben dieses Konzepts entspricht. Zuhanden der Gründungsversammlung entwirft die Leitungsgruppe zudem einen Vorschlag zur Besetzung der Organe der Regionalkonferenz. Die Vereine sind direkt zu Beginn von Etappe 3 zu gründen, da die Arbeiten für die Regionalkonferenz umgehend beginnen werden.

Mit der Ausgestaltung der Statuten und insbesondere mit der Besetzung der Organe im Verein kann jede Regionalkonferenz eigene Akzente setzen, auf regionale Besonderheiten eingehen und die gewünschten Kräfteverhältnisse definieren (z. B. eine hohe Gewichtung der Infrastrukturgemeinden im Vorstand). Minderheiten sollen angemessene Berücksichtigung erhalten.

## 2.6 Finanzierung der regionalen Partizipation

Das BFE schliesst mit dem Vorstand der Regionalkonferenz eine Rahmenvereinbarung und darauf basierende Jahreszusätze ab, die die Entschädigungen für die Arbeiten im Rahmen der regionalen Partizipation im Sachplanverfahren regeln. Darauf basierend erstellt der Vorstand des Vereins ein Budget zuhanden der Vollversammlung und erstattet ihr mit einer Jahresrechnung Bericht über die verwendeten Mittel. Der Vorstand führt die operativen Geschäfte und ist für die Einhaltung der Vereinbarungen mit dem BFE verantwortlich. Die Regionalkonferenz ist dem BFE über die Verwendung der Finanzmittel Rechenschaft schuldig. Die Auszahlung ist an eine Budget- und Meilensteinplanung, die Einhaltung des Zeitplans sowie an die Erreichung der vorgegebenen Ziele gekoppelt.

## 2.7 Hinweis zu weiteren Dokumenten der Planung von Etappe 3

Das Vorgehen zur Aushandlung von Abgeltungen in Etappe 3 und damit verbundene Fragen werden in einem separaten Dokument behandelt. An dieser Stelle wird lediglich darauf hingewiesen, dass es zwischen der Bildung und Anpassung der Standortregion und der Verwendung von Abgeltungen keinen direkten Zusammenhang gibt. Gemeinden die zur Standortregion zählen, haben Kraft dieses Umstands nicht automatisch Anspruch auf Abgeltungen. Auf der anderen Seite können mit Abgeltungen finanzierte Massnahmen und Projekte auch über die Standortregion hinaus eine Wirkung entfalten. Zu den Aufgaben der Regionalkonferenz im Bereich der regionalen Entwicklung wird ein separates Dokument erstellt, das diesen Bereich konkretisiert.



## 2.8 Weitere zu beachtende Aspekte<sup>22</sup>

### 2.8.1 Kommunikation, Wissenserhalt

#### *Regelmässige und verständliche Informationen über die Tätigkeiten der Regionalkonferenzen*

Der Einbezug der breiten Öffentlichkeit in Etappe 3 muss weiterhin gewährleistet und verstärkt werden. Dies kann einerseits durch eine attraktive und verständliche Informationstätigkeit des BFE erreicht werden, um die Bevölkerung für das Thema der radioaktiven Abfälle und das Sachplanverfahren zu sensibilisieren. Andererseits ist es notwendig, dass die betroffene Bevölkerung über die Tätigkeiten der Regionalkonferenzen regelmässig und kontinuierlich informiert wird. Wichtig bei diesen Kommunikationstätigkeiten ist, dass diese so gestaltet sind, dass sie zielgruppenspezifisch attraktiv und ansprechend sind, z. B. in Form von «Partizipationsforen», die für unterschiedliche Zielgruppen durchgeführt werden. Ein Ziel dabei ist, dass in der betroffenen Bevölkerung durch transparente und verständliche Information genügend früh eine Meinungsbildung stattfinden kann und sie die Möglichkeiten kennt und allenfalls wahrnimmt, sich einzubringen.

#### *Verwendung verschiedener Kommunikationsgefässe*

Für bestimmte Bevölkerungsgruppen (z. B. Jugendliche) sind gängige Kommunikationsformen zum Teil weniger geeignet. Insbesondere bezüglich der Beteiligung von Jugendlichen können auf sie zugeschnittene jugendgerechte Formate geeigneter sein. Weiter können Onlineformate zum Meinungsaustausch, themenspezifische Workshops oder mit kulturellen Angeboten angereicherte Anlässe das Interesse bestimmter Bevölkerungsgruppen wecken.

### 2.8.2 «Miliztauglichkeit» verbessern

Eine oft genannte Problematik in der regionalen Partizipation ist, dass die bestehenden Milizstrukturen mit beschränkten Ressourcen und teils fehlender spezifischer Fachkunde stark beansprucht werden oder darauf zu wenig Rücksicht genommen wird. Das Verfahren sollte deshalb möglichst miliztauglich ausgestaltet werden. Es betrifft unter anderem die Gestaltung von Sitzungen aller Gremien (realistischer Sitzungsrythmus, vorausschauende Planung, aufbereitete Unterlagen) oder dass Aufträge des BFE klar und verständlich formuliert sind und dafür genügend lange Antwortzeiten zur Verfügung stehen. Zudem kann die Miliztauglichkeit verbessert werden, wenn Berichte verständlich aufbereitet werden, z. B. indem diese eine Zusammenfassung enthalten oder fachspezifisches Vokabular erklärt oder bestenfalls ganz vermieden wird.

### 2.8.3 Überregionale Koordinationsgefässe

Durch die Koordination der Tätigkeiten (dazu gab es in Etappe 2 mehrere überregionale Gefässe) und den gemeinsamen Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen können die Arbeiten zielgerichtet angegangen werden. Gegebenenfalls können Doppelspurigkeiten vermieden und Synergien erreicht werden.

---

<sup>22</sup> Zusätzliche Informationen: UNIVERSITÄT BERN (2016), S. 32 ff und UNIVERSITÄT BERN (2017), S. 66 ff



## Anhang I

### Kriterien für weitere einzubeziehende Gemeinden

Damit eine Gemeinde zu den weiteren einzubeziehenden Gemeinden und damit zur Standortregion gezählt werden kann, muss gemäss SGT eine Betroffenheit begründet werden<sup>23</sup> (für Details siehe BFE-Dokument «Kriterien zur Definition der weiteren betroffenen Gemeinden» vom 30. Dezember 2009). Die Standortregion muss stets aus zusammenhängenden aneinander angrenzenden Gemeinden bestehen. Die folgenden Kriterien gelten als Orientierung:

- *Verkehr:* Eine Gemeinde kann zur Standortregion gezählt werden, falls geplante Zu- und/oder Wegfahrten (per LKW oder Eisenbahn) des lokalen Baustellen- und Anlieferungsverkehrs bevorzugt durch eine an die Standortregion angrenzende Gemeinde geführt werden müssen (d.h. es gibt keine von Aufwand und Dauer vergleichbare Alternativrouten über andere Gemeinden in der Standortregion). Damit die Betroffenheit gegeben ist, muss von diesen Fahrten eine substantielle Zunahme der Luft- und Lärmbelastung zu erwarten sein (vgl. dazu die Annahmen in der SÖW).
- *Topografie:* Befinden sich die geplanten Oberflächenanlagen in einer gleichen Geländekammer oder sind sie von einer angrenzenden Gemeinde aus einsehbar, so kann die Gemeinde zur Standortregion gezählt werden. Eine Geländekammer ist eine abgrenzbare räumliche Einheit wie beispielsweise ein Talkessel oder ein ganzes Tal. Im Rahmen der SÖW wurden für jede Region detaillierte Sichtbarkeitsanalysen zu den OFA-Standortarealen durchgeführt.
- *Regionale landwirtschaftliche Labelprodukte:* Die Produktion von landwirtschaftlichen, regionalen Produkten oder Labelprodukten mit regionalem Bezug findet in einer zur Standortregion angrenzenden Gemeinde und in der Standortregion selbst statt. Eine solche Produktion schafft regionale Identität und bedingt regionalwirtschaftliche Zusammenarbeit. Es gilt zudem: Die Region, in der die Produkte hergestellt werden, erstreckt sich zu einem überwiegenden Teil über das Gebiet der Standortregion.
- *Regionaler Tourismus:* Eine oder mehrere angrenzende Gemeinden bilden zusammen mit den Gemeinden der Standortregion eine Tourismusregion, die einheitlich und eigenständig auftritt und ihre Angebote gemeinsam vermarktet. Merkmale dafür sind gemeinsame Strukturen (beispielsweise Verein), Distribution und Plattformen (Internet, Prospekte), Angebote und Projekte. Es gilt zudem, dass sich die Tourismusregion zu einem überwiegenden Teil über das Gebiet der Standortregion erstreckt.
- *Wirtschaftliche Beziehungen:* Eine oder mehrere an die Standortregion angrenzende Gemeinden weisen eine starke wirtschaftliche Beziehung mit den Gemeinden der Standortregion auf. Mit der Konkretisierung von Oberflächenanlagen in Etappe 2 wird zudem geprüft, ob solche Beziehungen auch zu Gemeinden mit möglichen Oberflächenanlagen vorhanden sind.
- *Grenzüberschreitende Beziehungen:* Eine Gemeinde auf ausländischem Staatsgebiet (Gemeinde X), die an eine Gemeinde der Standortregion angrenzt, kann zur Standortregion gezählt werden, wenn eine Zusammenarbeit auf Behördenebene zwischen der Gemeinde X und den Gemeinden der Standortregion nachgewiesen werden kann. Dabei gilt, dass diese Zusammenarbeit kontinuierlich und aktiv stattfindet, sektor- bzw. bereichsübergreifend sowie institutionell verankert ist.
- *Institutionelle Zusammenarbeit:* Eine oder mehrere an die Standortregion angrenzende Gemeinden weisen eine starke institutionelle Zusammenarbeit auf mit den Gemeinden der Standortregion auf. Diese findet beispielsweise auf Verwaltungs- oder Bildungsebene statt. Ebenfalls weisen gemeinsam genutzte öffentliche Infrastrukturanlagen in den Bereichen Bildung, Freizeit, Sport, Gesundheit oder Kultur sowie Zusammenschlüsse zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben wie Zweckverbände auf eine solche enge Zusammenarbeit hin.

---

<sup>23</sup> Konzeptteil SGT, S. 24, 42



## Anhang II

# Wo und in welcher Form ist Partizipation möglich?

Umschreibung der Partizipation bei den einzelnen Aufgaben; die «Partizipationsstufe» beschreibt die Einflussmöglichkeiten und wie stark dieser Einfluss einer RK auf das Verfahren sein kann:

1. **Regionale Entwicklung: Ideen für Massnahmen:**  
Eigenständiges Erarbeiten, sofern Einbezug übergeordneter, legitimierter Stellen gewährleistet ist. *Hohe Partizipationsstufe*. Vorgehen wird im entsprechenden Leitfaden beschrieben.  
*Formen:* Sitzungen (Diskussionen, Workshops, weitere Formen) der FG und VV, Partizipationsformen (z. B. mit spezifischen Interessensgruppen (wie z. B. Tourismus, Handel und Gewerbe), Bevölkerung).
2. **Monitoring:**  
Ergänzen des Monitoringkonzepts des BFE: Entwickeln regionsspezifischer Indikatoren, die noch nicht vorgesehen sind. *Mittlere Partizipationsstufe*.  
*Formen:* Sitzungen (Diskussionen, Workshops, weitere Formen) der FG und VV, Partizipationsformen (z. B. mit spezifischen Interessensgruppen (wie z. B. Tourismus, Handel und Gewerbe), Bevölkerung).
3. **Einengung OFA:**  
Diese Aufgabe betrifft nur die Standortregion Nördlich Lägern(Weiach oder Stadel) und wird bereits in Etappe 2 angesprochen. *Hohe Partizipationsstufe*  
*Formen:* Sitzungen (Diskussionen, Workshops, weitere Formen) der FG und VV, Verabschiedung Stellungnahme.
4. **Platzierung Nebenzugangsanlagen:**  
Diskussion der Vorschläge der Nagra, Verabschiedung Stellungnahme. *Hohe Partizipationsstufe in der FG OFA*  
*Formen:* Sitzungen (Diskussionen, Workshops, weitere Formen) der FG und VV.
5. **Ausgestaltung OFA:** Gestaltungsspielraum ist noch mit Nagra zu klären (Was bedeutet «Ausgestaltung und Anordnung der Oberflächenanlagen»? Braucht es für das RBG höheren Konkretisierungsstand als Planungsstudie?).  
*Formen:* Sitzungen (Diskussionen, Workshops, weitere Formen) der FG; informiert die VV regelmässig über den Fortlauf ihrer Diskussionen und nimmt deren Anliegen auf.
6. **Stellungnahme zu Etappe 3:**  
Eigenständiges Erarbeiten einer Stellungnahme (analog E2): *Hohe Partizipationsstufe*.  
*Formen:* Sitzungen (Diskussionen, Workshops, weitere Formen) der FG und VV, Partizipationsformen (z. B. mit spezifischen Gruppen (wie z. B. Jugendliche), Bevölkerung).
7. **Kontinuierliche Information und Kommunikation mit der Bevölkerung / Wissenserhalt innerhalb der Standortregion:**  
Wie (Kommunikationsmittel), wann (Periodizität) und welche Inhalte können die RK gemäss Rahmen BFE selber gestalten? *Hohe «Partizipationsstufe» (nicht eigentliche Partizipation)*.
8. **Regelung allfälliger Abgeltungen:**  
Trilaterale Verhandlungen (Delegation der Gemeinden der Standortregion, der Standortkantone und der Entsorgungspflichtigen). *Für Delegation: Hohe Partizipationsstufe; für RK insgesamt klein*.

Weiter haben die Vertretungen der Regionalkonferenz die Möglichkeit, in den SGT-Gremien Einfluss auf das Verfahren zu nehmen, z. B. in der AG Raumplanung oder über Koordinationstreffen.

**Keine (direkte) Mitwirkung** der RK gibt es in hoheitlichen Aufgaben (wie Bewilligungen), in Gesetzgebung (u. a. KEG), in Entscheiden des Bundesrats, der Bundesbehörden, kantonaler Exekutiven und Ämter, von Exekutiven der Gemeinden oder der Nagra.



## Anhang III

### Mögliche Zusammensetzung der RK in Etappe 3

Die folgenden Tabellen dienen als Richtgrössen für die mögliche Zusammensetzung der Regionalkonferenzen. Sie basieren auf den Diskussionen zu allfälligen Anpassungen für Etappe 3 zwischen Vertretungen der jeweiligen Regionalkonferenz, der Planungsträger, der Standortkantone und Deutschlands. Die genaue Zusammensetzung der Regionalkonferenzen wird erst mit den Gründungsversammlungen für die Vereine festgelegt. Die prozentuale Verteilung der Sitze zwischen den Kantonen und Deutschland entspricht dem Status Quo der Regionalkonferenzen von Etappe 2 und ist vorgegeben. Eine Regionalkonferenz soll rund 90–120 Mitglieder umfassen. Den Behördenvertretungen und den Delegierten der regionalen Planungsträger und der Gemeinden (Mitgliedschaft I und II) können 45–60 Prozent der Sitze in der Regionalkonferenz zugeordnet werden, während den organisierten Interessen 30–40 Prozent und den nicht organisierten Interessen (Bevölkerung) 10–20 Prozent der Sitze zustehen. Einzelne regionale Planungsträger können bei Bedarf von diesen Bandbreiten abweichen, für die Regionalkonferenz insgesamt sind die Bandbreiten für die drei Kategorien (Behörden, Organisationen, Bevölkerung) einzuhalten.

<b>Jura Ost</b>	Kanton AG	Deutschland	Total
Aufteilung der RK-Sitze in %	<b>86%</b>	<b>14%</b>	100%
Aufteilung RK-Sitze absolut	98	16	<b>114</b>

Aufteilung auf regionale Planungsträger (Pt.)	Behörden-Sitze pro regionalen Planungsträger	Sitze organisierte Interessen (ca.)	Sitze nicht-organisierte Interessen (ca.)	Sitze insgesamt pro regionalen Planungsträger
Brugg Regio (AG)	<b>21</b>	12	4	37
Fricktal (AG)	<b>15</b>	8	3	26
ZurzibietRegio (AG)	<b>10</b>	6	2	18
Baden Regio (AG)	<b>8</b>	5	2	15
Lenzburg Seetal (AG)	<b>1</b>	1	0	2
Landkreis Waldshut (D)	<b>7</b>	6	3	16
<b>Total</b>	<b>62</b>	38	14	<b>114</b>
Verteilung in % (gerundet)	54%	33%	12%	100%

<b>Nördlich Lägern</b>	Kanton ZH	Kanton AG	Kanton SH	Deutschland	Total
Aufteilung RK-Sitze in %	<b>57%</b>	<b>26%</b>	<b>2%</b>	<b>15%</b>	100%
Aufteilung RK-Sitze absolut	67	31	2	18	<b>118</b>

Aufteilung auf regionale Planungsträger (Pt.)	Behörden-Sitze pro regionalen Planungsträger	Sitze organisierte Interessen (ca.)	Sitze nicht-organisierte Interessen (ca.)	Sitze insgesamt pro regionalen Planungsträger
Zürcher Unterland (ZH)	<b>32</b>	23	12	67
Baden Regio (AG)	<b>3</b>	2	1	6
ZurzibietRegio (AG)	<b>14</b>	8	3	25
Kt. Schaffhausen (SH)	<b>2</b>	0	0	2
Landkreis Waldshut (D)	<b>7</b>	7	4	18
<b>Total</b>	<b>58</b>	40	20	<b>118</b>
Verteilung in % (gerundet)	49%	34%	17%	100%



<b>Zürich Nordost</b>	Kanton ZH:	Kanton SH:	Kanton TG:	Deutschland:	Total
Aufteilung RK-Sitze in %	<b>60%</b>	<b>19%</b>	<b>11%</b>	<b>11%</b>	100%
Aufteilung RK-Sitze absolut	72	23	13	13	<b>121</b>

Aufteilung auf regionale Planungsträger (Pt.)	Behörden-Sitze pro regionalen Planungsträger	Sitze organisierte Interessen (ca.)	Sitze nicht-organisierte Interessen (ca.)	Sitze insgesamt pro regionalen Planungsträger
Weinland (ZH)	39	22	8	69
Winterthur (ZH)	2	1	0	3
Kt. Schaffhausen (SH)	13	7	3	23
Kt. Thurgau (TG)	7	4	2	13
Landkreis Waldshut (D)	5	1	0	6
Landkreis Konstanz (D)	4	1	0	5
Schwarzwald-Baar-Kreis (D)	2	0	0	2
Total	72	36	13	<b>121</b>
Verteilung in % (gerundet)	60%	30%	11%	100%



## Anhang IV

### Entwurf der Standortregionen für Etappe 3

